

## **Stellungnahme zum geänderten Referentenentwurf des KRITIS-DachG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum geänderten Referentenentwurf des KRITIS-Dachgesetzes.

### **I. Vorbemerkung**

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. vertritt als führender Branchendachverband die Interessen von rund 1.000 überwiegend mittelständischen Entsorgungs- und Recyclingunternehmen aus Deutschland und Europa. Die qualifizierten Umweltdienstleister beschäftigen etwa 60.000 Arbeitnehmer. Im bvse sind alle Fachsparten der Recycling-, Sekundärrohstoff- und Entsorgungsbranche vertreten und somit auch im Bereich der Siedlungsabfallentsorgung.

### **II. Allgemein**

Wir begrüßen grundsätzlich das Ziel des Gesetzes, mehr Sicherheit gegen Cyberangriffe im Bereich der Resilienz zu schaffen.

Wir halten jedoch einige Punkte für die privaten mittelständischen Entsorgungsunternehmen im Bereich der Siedlungsabfallentsorgung für problematisch.

### **III. Im Einzelnen:**

#### **1. Finanzierung**

Die Anforderungen an die Betreiber kritischer Anlagen sind hoch und die Erfüllung dieser Anforderungen nur durch kostenintensive Maßnahmen möglich. Diese zusätzlichen Kosten belasten gerade die privaten mittelständischen Entsorgungsunternehmen, die bereits mit den hohen Energiepreisen, kostenintensiven Genehmigungsaufgaben, Mautgebühren und enormer Bürokratie etc. zu kämpfen haben, noch weiter.

Wir sind der Auffassung, dass mit der Finanzierung der gestellten Anforderungen nicht ausschließlich die Betreiber belastet werden dürfen.

Die Betreiber kritischer Anlagen sind Teil der kritischen Infrastruktur und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Struktur des Bundesgebietes und der Daseinsvorsorge. Sie erfüllen damit auch einen Teil der staatlichen Aufgaben.

Daher ist es nur interessengerecht, wenn die Kosten, die für die Erfüllung der Anforderung des Gesetzes entstehen, nicht ausschließlich bei den privaten Entsorgungsunternehmen verbleibt, sondern hier eine entsprechende finanzielle staatliche Unterstützung erfolgt.

## 2. Schwellenwert

Wir begrüßen es, dass das Gesetz nun ausdrücklich aufnimmt, dass der Schwellenwert von 500.000 zu versorgenden Einwohnern zu Grunde zu legen ist.

Die Berechnung dieses Schwellenwertes sollte sich aber stets an dem tatsächlichen Aufkommen orientieren und nicht, wie dies z.B. in der Vierten Verordnung zur Änderung der BSI-Kritisverordnung festgelegt ist, an der genehmigten Anlagenkapazität. Entscheidend kann nicht das theoretisch auf Grund der Anlagengenehmigung mögliche Aufkommen sein, sondern nur das tatsächliche Aufkommen. Hier sollte daher in § 4 Abs.1 ergänzt werden:

Für die Berechnung des Schwellenwertes ist bei Betreibern kritischer Anlagen das tatsächliche Aufkommen maßgeblich, nicht die genehmigte Anlagenkapazität.

Da der konkretere Anwendungsbereich erst durch Rechtsverordnungen festgelegt werden wird, kann hierzu zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts weiter gesagt werden.

## 3. Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen

Für positiv erachten wir es, dass die Regelung in § 10 Abs. 2 nun klarstellt, dass Maßnahmen verhältnismäßig sind, wenn der Aufwand zur Verhinderung oder Begrenzung eines Vorfalls zum Risiko eines Vorfalls angemessen erscheint. Der Ausfall einer Anlage der Siedlungsabfallentsorgung ist nicht zu vergleichen mit dem Ausfall z.B. in einem Krankenhaus. Dem muss auch bei den Anforderungen an die getroffenen Maßnahmen Rechnung getragen werden.

Gem. § 10 Abs. 3 i.V.m. § 9 Abs. 2 KRITIS-DachG haben die Maßnahmen jedoch auf Grundlage der inhaltlichen und methodischen Vorgaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz zu erfolgen, deren Festlegung durch eine öffentliche Mitteilung erfolgt.

Hier besteht die Gefahr, dass die Prüfung der Verhältnismäßigkeit zu stark eingeschränkt wird. Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung muss sich immer am Einzelfall orientieren. Daher sollten die Betreiber kritischer Anlagen die Möglichkeit haben nachzuweisen, dass ihre Maßnahmen den Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 KRITIS-DachG entsprechen, auch wenn diese von den inhaltlichen und methodischen Vorgaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz abweichen.

§ 10 Abs. 2 sollte daher klarstellend wie folgt ergänzt werden:

Den Betreibern kritischer Anlagen bleibt unbenommen nachzuweisen, dass ihre getroffenen Maßnahmen die Voraussetzungen des § 10 Abs.1 erfüllen, auch wenn diese den Vorgaben gem. § 9 Abs. 2 nicht entsprechen.

Endgültig kann das Gesetz in seinem Ergebnis erst beurteilt werden, wenn hierzu die entsprechenden Verordnungen vorliegen.

Wir behalten uns weitere Einlassungen ausdrücklich vor.

Bonn, 24. Januar 2024

Eric Rehbock  
Hauptgeschäftsführer